

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 866848 ppbn d
Telefax: 21 09 84

Inhalt

Katrin Fuchs MdB zu
Gesprächen in Damas-
kus und Beirut: Arabi-
sche Erwartungen an
Europa.

Seite 1

Klaus Lennartz MdB zur
Arbeit der SPD-Projekt-
gruppe "Deutschland
2000": Vor neuen öko-
logischen Bewäh-
rungsproben.

Seite 4

Hedda Jungfer MdL zur
Notwendigkeit, Frauen
aus der Dritten Welt zu
schützen: Menschen-
händlern das Hand-
werk legen.

Seite 5

Dr. R. Werner Schuster
MdB und Uta Zapf MdB
zu notwendigen Kon-
sequenzen aus der
veränderten Weltlage:
Friedensdividende für
Dritte Welt und Konver-
sion.

Seite 6

46. Jahrgang / 171

6. September 1991

Arabische Erwartungen an Europa Zu Gesprächen in Damaskus und Beirut

Von Katrin Fuchs MdB

In allen politischen Gesprächen wurde der arabische Wunsch deutlich, daß Europa im Nahen Osten eine deutlich wichtigere Rolle spielen sollte. Vor allem durch den rapiden Einflußverlust der ehemaligen Supermacht Sowjetunion im Nahen Osten müsse Europa nun erst recht mehr Flagge zeigen. Besonders Deutschland als ein Land, das einerseits in Europa immer wichtiger werde und andererseits im Nahen Osten keine kolonialen Altlasten habe, sollte sich stärker im Nahen Osten engagieren. Dabei wurden immer wieder die traditionell guten Beziehungen Deutschlands zu beiden Ländern herausgehoben.

Das besondere Verhältnis Deutschlands zu Israel wurde akzeptiert, man wünscht sich jedoch gerade deshalb einen größeren Einfluß Deutschlands auf Israel in Richtung größerer israelischer Gesprächs- und Kompromißbereitschaft.

Sowohl in Damaskus als auch in Beirut wurde über die Aussichten der geplanten Nahost-Friedenskonferenz gesprochen. Generell wurde diese Konferenz von allen Gesprächspartnern begrüßt, Befürchtungen, daß Israel versuchen werde, den Konferenzbeginn hinauszuzögern, waren unüberhörbar. Sowohl die syrischen als auch die libanesischen Politiker erhoffen sich von der Konferenz konkrete Schritte zur Verwirklichung der seit Jahren bestehenden UN-Resolutionen hinsichtlich eines Rückzuges der Israelis aus den 1967 besetzten Gebieten.

In diesem Zusammenhang wurde offen und kritisch über die Ungleichbehandlung dieser UN-Resolutionen im Vergleich zu den UN-Resolutionen nach der irakischen Besetzung Kuwaits gesprochen. Das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser müsse endlich nach dem Grundsatz Land gegen Frieden verwirklicht werden.

In Syrien hatte die Delegation Gespräche mit dem Vizepräsidenten Chaddam, dem Parlamentspräsidenten, dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, dem Außenminister, dem Tourismusminister und dem Vizepartei sekretär der Baath-Partei. In den Gesprächen wurde zu den angesprochenen Themen folgendes deutlich:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mitl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veranstaltet Umgang
mit wertvollen Akten
Recycling-Papier



Öffnung Syriens nach Westen

Syrien strebt eindeutig eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Wende in Richtung auf mehr Marktwirtschaft und größerer Demokratisierung an. Indem es versucht, diesen Prozeß von oben zu steuern, will es versuchen, alzu große Verwerfungen in der gegebenen Machtstruktur, der gesellschaftspolitischen Ordnung und in der Wirtschaft zu vermeiden.

Verhältnis zum Libanon

Syrien legt Wert darauf festzustellen, daß der Libanon ein souveräner Staat ist, auch wenn das libanesisches Volk und das syrische Volk nach syrischer Auffassung eine einzige Nation darstellen. Syrien beteuert, alle im Taif-Abkommen eingegangenen Verpflichtungen genau und zeltgerecht zu erfüllen. Sein endgültiger militärischer Rückzug aus dem Libanon wird aber vom Abzug der Israelis aus dem Südlibanon abhängig gemacht.

Frage der Geiseln

Syrien verspricht, seinen Einfluß geltend zu machen, um die die gegenseitigen Beziehungen belastende Geiselfrage schnellstmöglich zu regeln. Es verweist allerdings darauf, daß Syrien bei all seinen Aktionen beachten müßte, das Leben der Geiseln nicht zu gefährden. Außerdem läge die Lösung der Geiselfrage viel mehr in der Macht Irans, da Teheran mehr Einfluß auf die Hisbollah als Damaskus hätte. Dies gelte auch insbesondere für die von der Familie Hamadi festgehaltenen beiden deutschen Geiseln. Dennoch gab man sich aber optimistisch, daß die Geiselfrage in Kürze gelöst sein würde.

Im Libanon hatte die Delegation Gespräche mit dem Staatspräsidenten Hraoui, dem Parlamentspräsidenten, dem Staatssekretär im Außenministerium, sowie einer Reihe von Ministern. Zu den verschiedenen angesprochenen Fragenkomplexen gab es folgende Antworten:

Nahost-Friedenskonferenz

Libanon wird an der geplanten und von ihm sehr begrüßten Konferenz teilnehmen, vor allem deshalb, weil es als Gastland für Hunderttausende von Palästinensern eines der betroffenen Länder ist. Libanon wird jedoch nicht zulassen, daß seine speziellen Probleme mit Israel mit dem allgemeinen israelisch-arabisch-palästinensischen Problem vermischt werden. Nach libanesischer Ansicht dürfen die UN-Resolutionen 242 und 338 nicht mit der Resolution 425 vermischt werden, die einen unverzüglichen bedingungslosen Abzug Israels aus dem Südlibanon vorschreibt.

Ende des Bürgerkrieges

Von allen Gesprächspartnern wurde der großen Erleichterung Ausdruck gegeben, daß der seit 16 Jahren schwelende Bürgerkrieg nun überwunden ist. Die Rolle der syrischen Streitkräfte, die die vor allem 1989 und 1990 heftig kämpfenden verschiedenen christlichen Gruppierungen zur Waffenruhe gezwungen hatten, wurde in diesem Zusammenhang durchaus positiv gewertet. Auch mache die landesweite Entwaffnung aller Milizen große Fortschritte.

Nicht zu überhören war allerdings zwischen den Zeilen auch die Skepsis bis Furcht, daß die syrischen Truppen andererseits doch in gewissem Sinne Besatzungstruppen würden und dem Libanon syrischen Willen diktieren könnten. Alle Gesprächspartner gaben daher ihrer Hoffnung Ausdruck, daß der Befriedigungsprozeß schnell abgeschlossen werden kann, damit sich die Syrer wie im Taif-Abkommen festgelegt, im Herbst 1992 in die Bekaa-Ebene zurückziehen können.

Um möglichst bald einen totalen Abzug der Syrer zu erreichen, wurde besonderer Wert auf den Abzug der Israelis aus dem Süd-Libanon gelegt. Diesem stände eigentlich nichts mehr im Wege, da die Palästinenser in den Lagern inzwischen alle ihre schweren Waffen abgegeben hätten; Israel daher keine plausible Begründung mehr für seine Präsenz hätte.

Wiederaufbau Beiruts und des Libanon

Einen großen Eindruck hinterließ der überall sichtbare Wiederaufbauwille der Libanesen sowohl im zerstörten Beirut als auch in anderen Städten und Dörfern. Die anstehenden Aufgaben sind riesengroß und für ein Land mit einer im Wiederaufbau befindlichen Verwaltung nur schwer zu bewältigen.

Die Abgeordneten gewannen die Überzeugung, daß für eine Startphase internationale Wiederaufbauhilfe absolut notwendig sein wird. Dies wurde von allen Gesprächspartnern immer wieder betont und dabei kam auch unverhohlen eine großen Erwartungshaltung gegenüber Deutschland zum Ausdruck.

Nicht verständlich ist aus libanesischer Sicht, daß der Libanon bei der Verteilung der deutschen Schecks nach dem Golfkrieg nicht berücksichtigt worden ist.

Von deutscher Seite erhoffe man sich neben zusätzlicher Wiederaufbauhilfe zumindest eine baldige Wiederaufnahme der verschiedenen Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit im Bildungsbereich wie z.B. die weitere Förderung einer großen Gewerbeschule.

Im kulturellen Bereich erhofft man sich eine Revitalisierung der Deutschen Schule Beirut, des Goethe-Institutes und des Orient-Institutes.

Erwünscht ist weiterhin die Rückkehr der vielen deutschen Firmen, die vor dem Bürgerkrieg erfolgreich im Libanon tätig waren.

Über das negative Image des Libanon als Land des Terrorismus, des Drogenexports und der Geiselnahmen ist man sich durchaus bewußt. All diese bedauerlichen Dinge sollten aber nicht der im Bürgerkrieg manchmal über Jahre handlungsunfähigen Regierung angelastet werden. Parlament und Regierung würden nun sukzessive ihre Autorität wiedererlangen und bemühten sich redlich, die Kontrolle über das Land zurückzuerlangen.

Es ist inzwischen gelungen, die libanesischen Armee wieder zu einem loyalen Machtfaktor zu machen.

Alle Gesprächspartner gaben sich optimistisch, daß nach nicht zu unterschätzenden Anfangsschwierigkeiten, zu deren Überwindung internationale Hilfe benötigt wird, der Libanon sich bald wieder aus eigener Kraft zu einem wirtschaftlich blühenden Land entwickeln werde.

Eine wichtige Voraussetzung dafür sei aber die Zurückgewinnung des Vertrauens der Privatwirtschaft in die Sicherheit und Stabilität des Landes. Vor allem deswegen hoffe man nicht nur aus humanitären Gründen, sondern auch im eigenen Interesse auf eine schnelle Regelung der Geiselfrage.

*

Diesem Artikel liegt eine Reise der Delegation der deutschen Sektion im Bundestag der Parlamentarischen Vereinigung für Euro-Arabische Zusammenarbeit unter der Leitung von Dr. Olaf Feldmann MdB von der FDP, Katrin Fuchs MdB von der SPD und Joachim Hörster MdB von der CDU und den parlamentarischen Beratern Bruno Kaiser und Martin Weiss nach Syrien und dem Libanon zugrunde. Die Delegation war über die Bonner Botschaften dieser Länder von den jeweiligen Parlamenten eingeladen worden. Ziel der Reise waren Gespräche mit den Parlamenten und den Regierungen zur Erörterung der aktuellen politischen Lage im Nahen Osten nach dem Golfkrieg und vor der lang erwarteten Friedenskonferenz. Der Besuch stieß sowohl auf offizieller Seite als auch in den Medien auf großes Interesse. Er wurde als Beweis dafür gewertet, daß sich Deutschland entgegen vieler Befürchtungen auf arabischer Seite trotz erheblicher eigener Probleme auf Grund der Auswirkungen der Vereinigung nicht vom Nahen Osten abwenden wird.

(-/6. September 1991/rs/ks)

Vor neuen ökologischen Bewährungsproben
Zur Arbeit der SPD-Projektgruppe "Deutschland 2000"

Von Klaus Lennartz MdB
Sprecher der Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion

Gerade im politischen Stimmungshoch ist Nüchternheit nötig. Wieviele der Hoffnungen, die Bürgerinnen und Bürger auf die SPD projizieren, sind das Ergebnis erfolgreicher Überzeugungsarbeit, wieviele nur das Abfallprodukt von Enttäuschungen über die Regierung? Die Umweltpolitik, die wir seit Volker Hauffs Zeiten unter den Überschriften "Ökologischer Umbau der Industriegesellschaft" und "Arbeit und Umwelt" betreiben, war die Hauptsäule des SPD-Wahlkampfes 1990 von Oskar Lafontaine. Hinter der Überschrift zum Regierungsprogramm 1990 bis 1994 "Der neue Weg" erschien das Wort "ökologisch" an erster Stelle noch vor den Worten "sozial" und "wirtschaftlich stark".

Das erste Kapitel des Regierungsprogramms, das auch ungefähr ein Drittel des gesamten Textes ausmachte, war überschrieben "Für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft". Unsere krachende Niederlage bei dieser Wahl mit einem Zweitstimmenergebnis von nur 33,5 Prozent, die nur dadurch versüßt wurde, daß die SPD wegen Ausscheidens der GRÜNEN mit ungewohnt hoher Abgeordnetenzahl in den 12. Bundestag einzog, war deshalb auch eine Niederlage der Umweltpolitik. Es war uns nicht gelungen, den Wählerinnen und Wählern den Ernst der Lage und die Notwendigkeit des energischen Umsteuerns klar zu machen.

Ich mache diese Feststellung nicht, um die Anlage dieses Wahlkampfes nachträglich zu kritisieren. Bei der politischen Willensbildung müssen die Parteien gerade die wirklich wichtigen Themen oftmals früh ansprechen, obwohl das öffentliche Bewußtsein noch nicht reif dafür ist. Es war richtig, daß Willy Brandt schon 1961 den "blauen Himmel über der Ruhr" gefordert hat, obwohl damals politische Gegner sich über so viel Naivität noch lustig machen konnten. In der Analyse der Wahlniederlage von 1990 ist sogar von einigen gesagt worden, daß unser Ökosteuerkonzept, das ja ein Hauptelement unseres neuen Politikansatzes war, mit seiner geplanten Verteuerung des Autofahrens einer der wichtigsten Stolpersteine für das Wahlvolk gewesen sei.

Ich halte diese Schlußfolgerungen aus dem Verlauf einiger Wahlveranstaltungen für zu kurz gegriffen und im Ergebnis unzutreffend. Es bleibt aber gleichwohl die Aufgabe, unsere Lage vor dem Hintergrund solcher Thesen neu einzuschätzen. Nach dem Bremer Parteitag und der Neukonstituierung des SPD-Parteivorstandes hat sich das Konzept "Fortschritt '90" zum geplanten Konzept "Deutschland 2000" verwandelt. Mit diesem Schritt wurde der Denkansatz beibehalten, die Umweltpolitik nicht als abgetrenntes Politikfeld, sondern integriert zusammen mit Finanzen und Wirtschaft und so weiter zu behandeln. Ich stimme dieser Grundentscheidung zu, weil nur dadurch sichergestellt werden kann, daß unsere Politik nicht in sich widersprüchlich formuliert wird. Vor diesem Hintergrund ist es auch zu begrüßen, daß sowohl unser neuer Parteivorsitzender als auch unser saarländischer Kanzlerkandidat gemeinsam die Leitung der entsprechenden Projektgruppe übernommen haben. Ich hoffe allerdings, daß die Projektgruppe Deutschland 2000 es den Umweltpolitikern der Partei, von denen nur noch einer - NRW-MUFL Klaus Matthiesen - im Parteivorstand selbst vertreten ist, ermöglicht, Ihre Vorstellungen unmittelbar in die Arbeit einzubringen.

Die Aufgaben für diese Zuarbeit liegen auf der Hand. Darunter sind aber "harte Nüsse", an denen sich auch Vollblutpolitiker die Zähne ausbeißen können.

- Wie können wir unser Ökosteuerkonzept zeitgemäß weiterentwickeln, nachdem die Regierung uns mit ihrer Mineralölsteuererhöhung ein wichtiges Standbein ramponiert hat? Dabei müssen wir die europäisch notwendige Steuerharmonisierung immer im Auge behalten.

- Wie können wir verkehrspolitisch in die Offensive kommen, obwohl doch die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger und zumal die neuen (!) trotz schlimmster Staus und Verkehrslewinen so autoverliebt wie je sind?
- Am einfachsten sieht es auf den ersten Blick bei der Energiekomponente unserer Umweltpolitik aus, weil Kernenergieabwicklung und Erneuerung des Energierichts schon weitgehend entwickelt sind. Genauso komplex, wie bei den anderen Feldern wird es aber sofort, wenn die Energiebesteuerung im europäischen Rahmen oder Fragen der Sicherheit der Atomanlagen in Osteuropa einbezogen werden.
Daß mit der Kohlepolitik ein Herzensanliegen der deutschen Sozialdemokratie mitten im Gefechtsfeld liegt, macht die Sache nicht einfacher.

In der Projektgruppe "Deutschland 2000" muß die Arbeit mit kritischen Fragen beginnen. Wer bereits mit fertigen Antworten anfangen will, wird die Bewährungsprobe im Umfeld von Steuern, Finanzen, Wirtschaft, Technik, Arbeit und Soziales, Wohnen und Bodenrecht, EG-Binnenmarkt/Welthandel nicht bestehen.

(-/6. September 1991/rs/ks)

Menschenhändlern das Handwerk legen

Zur Notwendigkeit, Frauen aus der Dritten Welt zu schützen

Von Hedda Jungfer MdL

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

In der Bundesrepublik wird durch Heiratsvermittlung oder durch Arbeitsanwerbung von Frauen aus der Dritten Welt förmlich ein Menschenhandel mit "Umtauschrecht bei Nichtgefallen" betrieben. Tausende von Afrikanerinnen, Asiatinnen und Südamerikanerinnen sind die Opfer; ihre Situation wird von Menschenhändlern für deren persönlichen Profit ausgenutzt. In einem Parlamentsantrag habe ich die Bayerische Staatsregierung aufgefordert, beim Bund darauf hinzuwirken, daß der kriminelle Menschenhandel effektiver verfolgt und geahndet werden kann.

Insbesondere sind Maßnahmen zu ergreifen, die die Opfer von Menschenhändlern unterstützen. Hierzu gehört vor allem der Rechtsanspruch auf Erteilung einer zeitlich begrenzten Aufenthaltserlaubnis für Zeuginnen in Prozessen gegen Menschenhändler und Zuhälter, der Anspruch auf einen wirksamen Zeuginnenschutz und das Angebot verstärkter Fortbildungsmöglichkeiten über die Hintergründe des Menschenhandels für alle mit der Strafverfolgung befaßten Instanzen.

Weiter ist die Reintegration der von Menschenhändlern nach Bayern gebrachten Frauen in ihre Heimat zu fördern. Hierbei sollen diesen Frauen mit Blick auf ihren heimischen Arbeitsmarkt geeignete berufliche (Kurz-)Ausbildungsangebote gemacht werden.

Den Heirats- und Menschenhändlern muß endlich das Handwerk gelegt werden. Denn der versprochene Traumjob entpuppt sich für die Frauen aus der Dritten Welt oft als Arbeit in der Prostitution. Und der "gütige Ehemann", dem die "Bestellung" nicht gefällt, wirft sie wieder vor die Haustür.

(-/6. September 1991/rs/ks)

Friedensdividende für Dritte Welt und Konversion
Zu notwendigen Konsequenzen aus der veränderten Weltlage

Von Dr. R. Werner Schuater MdB und Uta Zapf MdB

Wir fordern Minister Spranger und Stoltenberg zum Handeln auf. 1990 war das Jahr der Hochkonjunktur für den Verteidigungsminister. Sein Verteidigungshaushalt erreichte die nie gekannte Rekordmarke von 53,4 Milliarden DM. Dazu gerechnet werden müssten eigentlich noch die verschleierte Ausgaben im Einzelplan 60 und im 30 (BMFT). Dank Glasnost und Perestrojka und nicht zuletzt dank Michael Gorbatschow ist Abrüstung in Ost und West wirklich ein Thema. Sogar im Verteidigungshaushalt hat man dies 1991 verspüren können.

Die Rüstungsschraube geht rückwärts - wenn auch viel zu langsam. Ständen 1990 noch fast 490.000 Soldaten (ohne NVA) im Sold von Herrn Stoltenberg, könnte sich diese Zahl nach unserer Auffassung bis etwa im Jahr 2000 auf 250.000 reduziert haben. Unterstellt man den gleichen Preisindex wie 1990 (also ohne Preissteigerung) dann dürfte sich bei dieser Halbierung der Soldatenzahl der Verteidigungshaushalt um etwa 30 Prozent reduzieren. Dies bedeutet ab dem Jahr 2000 eine Reduktion um circa 15 Milliarden DM jährlich. Zudem müssten angesichts der völlig veränderten sicherheitspolitischen Lage in Europa alte und neue Waffenkonzepte einer kritischen Überprüfung unterworfen werden. Hier sind weitere erhebliche Einsparungen möglich zum Beispiel durch den Verzicht auf den unsinnigen Jäger 90 oder den Panzerabwehrhubschrauber PAH 2.

Diese Friedensdividende sollte nicht einfach für die allgemeine Haushaltsdefizitabdeckung verbraucht werden. Wir erinnern daran, daß der Deutsche Bundestag einstimmig am 5. März 1982 gefordert hat, daß für Entwicklungshilfe 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes mittelfristig angestrebt werden sollen. 1991 wird das BSP nach Schätzungen der Bundesregierung für Gesamtdeutschland circa 2,9 Billionen DM betragen. Hiervon 0,7 Prozent ergebe die erstaunliche Summe von 19,6 Milliarden DM. Für 1992 sind allerdings für echte Entwicklungshilfe nur 9,4 Milliarden DM (= 0,33 Prozent) vorgesehen. Hier ist Minister Spranger persönlich gefordert, den vielen süßen Worten der Ankündigung endlich Taten folgen zu lassen und dieses in der Entwicklungshilfe weltweit propagierte 0,7 Prozent-Ziel wenigstens bis zum Jahr 2000 anzustreben. 50 Prozent der Friedensdividende würden den Ausgleich dieses Fehlbetrages beinahe ermöglichen - politischer Gestaltungswille vorausgesetzt.

Diese Forderung hat auch eine innere Logik. Nicht zu Unrecht verkünden verantwortungsbewußte Politiker in den beiden großen Parteien SPD und CDU immer wieder, daß gerade die Rüstungsausgaben bislang eine sinnvolle Friedenspolitik erschwert hätten.

Angesichts der unbestrittenen Schwierigkeiten bei der Rüstungskonversion auf welche die SPD rechtzeitig hingewiesen hat, ist es nur naheliegend, wenn die anderen 50 Prozent dieser Friedensdividende ausschließlich zur Rüstungskonversion verwendet werden. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die verständlichen, wirtschaftlichen Struktursorgen vieler Standortgemeinden. Ihnen könnte mit dieser Hälfte strukturell in einem Umfang geholfen werden, welcher wirklich die anstehenden Probleme der betroffenen Kommunen zu lösen in der Lage ist.

Die Erkenntnis, daß Frieden und Sicherheit nicht mit Waffen, sondern nur durch eine gerechte Verteilung der Ressourcen der Welt gesichert werden können, muß endlich in konkretes Handeln umgesetzt werden. Wir empfehlen daher den beiden Ministern Spranger und Stoltenberg, nicht zuletzt aus Gründen der Glaubwürdigkeit, ernsthaft über ein derartiges "joint venture" nachzudenken und schnell mit konkreten Vorschlägen an die Öffentlichkeit zu treten.

(-/6. September 1991/rs/ks)
